

Niederschrift

Gremium: Kreistag
Sitzungs-Nr.: 22 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 12.10.2005
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 16.00 Uhr **Ende:** 19.30 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:		Seite:
1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	6
1.1	Erweiterung der Tagesordnung	6
2	Genehmigung der Niederschrift über die einundzwanzigste Sitzung des Kreistages am 06.07.2005	6
3	Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses	6
4	Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages	7
5	Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters für die Jugendhilfestation Otterndorf hier: Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion	7
6	Schülerbeförderung im Landkreis Cuxhaven – Einführung einer Winterregelung hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.09.2005 Sitzungsvorlage Nr. 186/2005, 186a/2005	7
7	Gaspreiserhöhung der EWE hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005 Sitzungsvorlagen Nrn. 191/2005 und 191 a/2005	8
8	Niedersächsische Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005 Sitzungsvorlage Nr. 192/2005	10
9	Energiekonzept für die kreiseigenen Gebäude hier: Antrag des unabhängigen Kreistagsabgeordneten Schröder vom 27.09.2005 Sitzungsvorlage Nr. 193/2005	10
10	Neuwahl der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Obergericht Sitzungsvorlage Nr. 167/2005	11
11	Umsetzung von Kreistagsausschüssen	11
11.1	hier: Kulturausschuss Sitzungsvorlage Nr. 189/2005	11
11.2	hier: Umweltausschuss	11
11.3	hier: Nachbesetzung eines beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses gemäß § 71 Abs. 1 SGB VIII Sitzungsvorlage Nr. 190/2005	11
12	Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln für das Geschäftsjahr 2004 Sitzungsvorlage Nr. 173/2005	12

	Seite:
13 Aktualisierung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2005;	12
13.1 Organisatorische Zusammenlegung von Fahrbücherei und Kreisbildstelle Sitzungsvorlage Nr. 158/2005	12
13.2 Fahrbücherei, Option zur Einsparung eines Bücherbusses Sitzungsvorlage Nr. 159/2005	12
14 Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 29001.639000 - Schülerbeförderungskosten- in Höhe von 330.000,00 € Sitzungsvorlage Nr. 181/2005	14
15 Fragestunde	14
16 Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse	14
17 Anregungen und Beschwerden	14
18 Einwohnerfragestunde	14

Anwesend sind:

- 1 Kreistagsabgeordneter Dageförde, Uthlede, als Vorsitzender

die Kreistagsmitglieder

- 2 Landrat Bielefeld, Cuxhaven
- 3 Kreistagsabgeordneter Ahrens, Bramstedt
- 4 Kreistagsabgeordneter Bensen, Beverstedt
- 5 Kreistagsabgeordnete Frau Bergen, Cuxhaven
- 6 Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
- 7 Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf
- 8 Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven
- 9 Kreistagsabgeordneter Döschner, Köhlen
- 10 Kreistagsabgeordneter Dubbert, Hechthausen
- 11 Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen (ab 16.20 Uhr – TOP 5)
- 12 Kreistagsabgeordneter Feldmann, Otterndorf
- 13 Kreistagsabgeordneter Ferlemann, Cuxhaven (ab 16.15 Uhr – TOP 5)
- 14 Kreistagsabgeordneter Föge, Wingst
- 15 Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterndorf
- 16 Kreistagsabgeordnete Frau Goede, Wulsbüttel
- 17 Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
- 18 Kreistagsabgeordneter Grell, Hechthausen
- 19 Kreistagsabgeordneter Grube, Hemmoor (bis 18.20 Uhr – TOP 13)
- 20 Kreistagsabgeordneter Grüter, Schiffdorf
- 21 Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
- 22 Kreistagsabgeordnete Frau Hansmann, Lintig
- 23 Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven
- 24 Kreistagsabgeordneter Johannßen, Otterndorf
- 25 Kreistagsabgeordneter Jüchtern, Schiffdorf
- 26 Kreistagsabgeordneter Kaliske, Loxstedt
- 27 Kreistagsabgeordneter Köster, Loxstedt
- 28 Kreistagsabgeordneter Kowalewski, Midlum
- 29 Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel
- 30 Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe
- 31 Kreistagsabgeordneter Lutz, Wremen
- 32 Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)
- 33 Kreistagsabgeordneter May, Loxstedt
- 34 Kreistagsabgeordneter McAllister, Bad Bederkesa
- 35 Kreistagsabgeordneter Meyer, Wingst
- 36 Kreistagsabgeordneter Meyn, Lamstedt
- 37 Kreistagsabgeordneter Misch, Schiffdorf
- 38 Kreistagsabgeordneter Nesper, Cadenberge
- 39 Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen
- 40 Kreistagsabgeordneter Nordbruch, Loxstedt
- 41 Kreistagsabgeordneter Peters, Wanna
- 42 Kreistagsabgeordneter Peters, Langen
- 43 Kreistagsabgeordneter Raulff, Cuxhaven
- 44 Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven
- 45 Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt
- 46 Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor
- 47 Kreistagsabgeordnete Frau Schlüter, Steinau
- 48 Kreistagsabgeordneter Schröder, Cuxhaven
- 49 Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
- 50 Kreistagsabgeordnete Frau Schwertfeger, Hagen
- 51 Kreistagsabgeordneter Seier, Dorum
- 52 Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven
- 53 Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz
- 54 Kreistagsabgeordneter Steinberg, Cuxhaven
- 55 Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf
- 56 Kreistagsabgeordneter Tobias, Langen
- 57 Kreistagsabgeordneter Tönjes, Heerstedt

- 58 Kreistagsabgeordnete Frau Vockert, Schiffdorf
- 59 Kreistagsabgeordneter Wegener, Cuxhaven
- 60 Kreistagsabgeordneter Wiesen, Armstorf
- 61 Kreistagsabgeordneter Wrede, H., Loxstedt
- 62 Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Jochimsen
Kreisrat Gestering
Kreisrätin Frau Jahns
Kreisrat Redeker
Gleichstellungsbeauftragte Frau Becker
Kreisoberamtsrat Wohltmann
Kreisamtsrat Meyer als Protokollführer
Kreisinspektorin z. A. Frau Helk

Außerdem:

Presse und Zuhörer

Folgende Kreistagsabgeordnete fehlen entschuldigt:

- 63 Kreistagsabgeordneter Harten, Cuxhaven
- 64 Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Dageförde eröffnet um 16.00 Uhr die zweiundzwanzigste ordentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Mitglieder des Kreistages zu dieser Sitzung frist- und formgerecht eingeladen seien. Von 64 Mitgliedern des Kreistages seien zu Beginn der Sitzung 60 anwesend. Der Kreistag sei beschlussfähig.

1.1 Erweiterung der Tagesordnung

Vorsitzender Dageförde verweist auf den schriftlich vorgelegten Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion. Abg. Johannßen trägt den Antrag auf sofortige Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle in der Jugendhilfestation Otterndorf vor.

Abg. Frau Goede begründet die Dringlichkeit des Antrages. Der Jugendhilfeausschuss habe der Jugendhilfestation Otterndorf einen Besuch abgestattet und dort eine dramatische Situation vorgefunden, so dass sie eine sofortige Beschlussfassung des Kreistages für erforderlich halte.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Tagesordnungspunkt

5. Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters für die Jugendhilfestation Otterndorf
hier: Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion

wird in die Tagesordnung eingefügt.

Die bisherigen Tagesordnungspunkte 5 bis 19 erhalten die Ordnungsziffern 6 bis 20.

Der Tagesordnungspunkt

11. Umbesetzung von Kreistagsausschüssen

wird erweitert um den Unterpunkt

- 11.2 hier: Umweltausschuss

Der bisherige Tagesordnungspunkt 11.2 erhält die Ordnungsziffer 11.3.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die einundzwanzigste ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 06.07.2005

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die Niederschrift über die einundzwanzigste ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 06.07.2005 wird genehmigt.

Punkt 3: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Vorsitzender Dageförde verliest den Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses. Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Der Kreistag nimmt Kenntnis.

Punkt 4: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages

Landrat Bielefeld erklärt, die Beschlüsse seien alle ausgeführt.

Der Kreistag nimmt Kenntnis.

**Punkt 5: Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters für die Jugendhilfestation Otterndorf
hier: Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion**

Vorsitzender Dageförde erteilt der Abg. Frau Goede das Wort.

Abg. Frau Goede bezieht sich auf die Diskussion in der Kreistagssitzung am 06.07.2005, in der die Feststellungen des Jugendhilfeausschusses zur Situation in der Jugendhilfestation Otterndorf und die Forderung nach Einrichtung einer befristeten Sozialarbeiterstelle vorgetragen worden seien. Leider habe der Kreistag sich vom Landrat dazu bewegen lassen, diese Forderung nicht umzusetzen. Nunmehr habe man feststellen müssen, dass sich an der Situation nichts geändert habe. Inzwischen liege eine Überlastungsanzeige einer Mitarbeiterin vor, die statt der üblichen 10 Fälle zur Zeit 28 Fälle, darunter auch schwierige Fälle, zu bearbeiten habe. Die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses, die Forderung nach einer Stellenbesetzung erneut aufzugreifen, sei wiederum einstimmig gewesen.

Abg. Peters unterstreicht die Dringlichkeit der Maßnahme. Angesichts der Notsituation hätten Einsparungsüberlegungen zurückzustehen. Im Wesentlichen gehe es um Fälle aus dem Bereich der Samtgemeinde Am Dobrock. Der Jugendhilfeausschuss habe mit seiner Reaktion seine Beschlussverantwortung als Teil des Jugendamtes wahrgenommen.

Abg. Dubbert beklagt, dass die Dringlichkeit der Maßnahme bereits im Juli erkennbar gewesen sei. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses habe damals nur deshalb nicht umgesetzt werden können, weil in der Mehrheitsfraktion die Finanzpolitik Vorrang vor der Fachpolitik erhalten habe.

Landrat Bielefeld stellt klar, dass der Reaktionsbedarf immer unstrittig gewesen sei. Es gehe nur um das Wie, nicht um das Ob der Reaktion. Hierbei habe er die Möglichkeit einer Lösung ohne zusätzlichen Personalbedarf unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. In Anbetracht der finanziellen Lage halte er diesen Versuch nach wie vor für legitim. Wenn alle diese Überlegungen nicht greifen, sei eine Personalaufstockung unumgänglich. Deshalb habe Frau KR'in Jahns in seinem Namen den Vorschlag einer befristeten Stellenbesetzung für 6 Monate vorgelegt, der Jugendhilfeausschuss sei darüber hinaus nunmehr auf 2 Jahre gegangen. Auf Nachfrage des Abg. Dubbert bestätigt Landrat Bielefeld, dass auch über Aufgabenverschiebungen im Bereich der Jugendgerichtshilfe nachgedacht worden sei. Es habe sich jedoch sehr schnell gezeigt, dass dies kein Lösungsansatz sei.

Abg. Frau Goede freut sich, dass das Ziel erreicht worden sei. Gleichwohl halte sie an ihrer Kritik an der zögerlichen Reaktion des Landrates fest.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Für die Jugendhilfestation Otterndorf wird befristet für zwei Jahre eine Sozialarbeiterin eingestellt.

**Punkt 6: Schülerbeförderung im Landkreis Cuxhaven – Einführung einer Winterregelung
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.09.2005
Sitzungsvorlage Nr. 186/2005, 186a/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Abg. Johannßen sieht das politische Handeln in Niedersachsen gekennzeichnet durch Einsparungen im Bildungsbereich. Die Mehrheitsfraktion im Kreistag setze dies konsequent fort. Eine dieser ganzen Reihe von Schwächungen des Bildungsbereiches sei die Änderung der Schülerbeförderungsgrenzen gewesen. Diese führe im Einzelfall zu nicht akzeptablen Ergebnissen. Im Winter gäbe es zusätzliche sicherheitstechni-

sche Probleme. Der Antrag diene dazu, den Eltern wenigstens im Winter die notwendige Schulwegsicherheit zusichern zu können.

Abg. Götjen verweist auf die Regelungen in den Nachbarkreisen, in denen die beschlossenen Entfernungsgrenzen bei ähnlich ländlicher Struktur gang und gäbe seien. Die Diskussion sei im Zuge der Debatte über das Haushaltskonsolidierungskonzept abgeschlossen worden. Die unerwünschten Ergebnisse im Einzelfall ließen sich über die Härtefallklausel in der Schülerbeförderungssatzung regeln. Die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

Abg. Bensen bezeichnet den Winter als solches als Härtefall. Die Entfernungsgrenzen in der heutigen Fassung habe es bereits einmal 1982 gegeben. Damals habe der Kreistag einer Winterregelung zugestimmt. Durch die Erhöhung der Beförderungsgrenzen würden die Eltern der Schüler, die eine öffentliche Buslinie benutzen, mit einem Betrag von 585,- € pro Kind und Jahr belastet. Die reinen Schulbuslinien würden ohnehin pauschal bezahlt, unabhängig von der Zahl der beförderten Schüler. Viele Eltern würden also belastet, ohne dass der Landkreis etwas spare. Der Lernerfolg und die Schulwegsicherheit müsse gewahrt bleiben.

Abg. Frau Ritzenhoff begrüßt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Bereits bei der Haushaltsaufstellung habe die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen eine Änderung der Entfernungsgrenzen argumentiert. Die Schüler seien in den dunklen und nassen Wintermonaten oftmals gezwungen, auf stark befahrenen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften, oft ohne Bürgersteig und ohne Beleuchtung, zum Teil in oder an Waldgebieten, zu laufen. Sie macht auf ein gegen den Landkreis Braunschweig ergangenes obergerichtliches Urteil aufmerksam, wonach bei besonders problematischen Schulwegen der Schulträger für den Schülertransport zu sorgen habe.

Abg. Frau Vockert wendet sich gegen den Versuch der SPD-Kreistagsfraktion, die Standards auszuweiten. Nirgendwo im Land Niedersachsen gäbe es die beantragte Regelung. Die finanzielle Lage lasse eine Ausweitung des Standards über andere Kommunen hinaus jedoch nicht zu.

Abg. Johannßen ergänzt, das Engagement der CDU-Kreistagsfraktion bei der Ausweitung der Schülerbeförderungsgrenzen stehe in keinem Verhältnis zu der zu erwartenden Ersparnis. Die Kürzung des Gemeindefinanzausgleiches um 125 Mio € durch die Landesregierung mit einer Belastung des Landkreises Cuxhaven von 4 Mio € und die Neuregelung der Tierkörperbeseitigung mit einer Belastung von 246.000,- € für den Landkreis werde dagegen hingenommen.

Abg. Frau Krause-Behrens weist darauf hin, dass die Ersparnis im Verhältnis zur Gesamtverschuldung für den Landkreis nur marginal sei, die Eltern schulpflichtiger Kinder jedoch empfindlich getroffen würden.

Abg. Schröder unterstützt den Hinweis des Abg. Bensen auf die Regelung von 1982. Die Kostenfrage müsse dazu führen, die Prioritäten zu überdenken. Für die Beauftragung von wirtschaftlichen Gutachten und Projekten wie den Flughafen Nordholz würden große Beträge bereitgestellt. Geld sei gesamtwirtschaftlich genügend vorhanden, es sei nur nicht richtig verteilt.

Abg. Kowalewski warnt vor einem Auseinanderdriften der Politik im Landkreis und den Gemeinden. Während die Gemeinden sich um Zuzug bemühten, schreke eine nicht ausreichende Schülerbeförderung zuzugswillige Familien ab.

Der Kreistag beschließt mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Punkt 7: Gaspreiserhöhung der EWE
hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005
Sitzungsvorlagen Nrn. 191/2005 und 191 a/2005

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Abg. Frau Ritzenhoff begründet den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der unkontrollierten Preistreiberei eines Gasversorgungsunternehmens, das letztlich zwar in kommunalem Besitz sei, aber nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert sei und deshalb nicht im Sinne des Gemeinwohls handle. Eine überzeugende Argumentation für die Preiserhöhungen sei bisher nicht geliefert worden, die Ölpreisbindung reiche dafür jedenfalls nicht aus. Von einem freien Wettbewerb könne nicht die Rede sein. Es werde höchste Zeit, dass der Kreistag das Interesse der Bürgerinnen und Bürger vertrete. Vor dem Hintergrund

dieser Diskussion sei auch die Frage erlaubt, ob die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen der Vorstandsmitglieder um 150 % angemessen sei.

Abg. Döscher weist darauf hin, dass ein Weisungsrecht des Kreistages zwar gegenüber den entsandten Mitgliedern des Verbandsausschusses, nicht jedoch gegenüber dem Aufsichtsrat bestehe. Die Behauptung einer Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um 150 % sei schlicht falsch, im übrigen sei Rechenschaft darüber auch nur gegenüber dem Finanzamt abzulegen. Den Ärger der Verbraucher über steigende Preise könne er zwar nachvollziehen, man dürfe jedoch nicht den Eindruck erwecken, der Kreistag sei durch seine Beschlüsse in der Lage, den Weltenergiemarkt zu beeinflussen. Die EWE erzeuge kein Gas, sondern müsse dies einkaufen und sei damit von dem Marktpreis in Norwegen und Russland abhängig. Wer die Rücknahme von Dividendenausschüttungen, Gewinnrücklagen und Sponsoring zur Senkung des Gaspreises verlange, gefährde die Investitionsfähigkeit des Unternehmens und damit auch Arbeitsplätze der heimischen Wirtschaft. Das Kartellamt habe nach den letzten Preiserhöhungen keinen Anlass gesehen, ein kartellrechtliches Verfahren einzuleiten. Er bittet deshalb, dem Antrag in der modifizierten Fassung der CDU-Kreistagsfraktion zuzustimmen.

Abg. Steinau sieht das Kernproblem in der Tatsache, dass gegenüber dem Verbraucher keine Transparenz und keine Nachweispflicht bei der Preisgestaltung bestehe. Die Vertrauensbasis sei dadurch in Frage gestellt. Die SPD-Kreistagsfraktion werde deshalb der Fassung der CDU-Kreistagsfraktion zustimmen, wenn diese um einen folgenden fünften Absatz ergänzt werde:

„Wegen der Monopolstellung der Gaslieferanten und des fehlenden Wettbewerbs in diesem Energiesektor fordert der Kreistag, dass die Gaslieferanten ihre Preiskalkulationen durch eine unabhängige Stelle (Analog Prüfstelle Strom) überprüfen bzw. genehmigen lassen müssen.“

Abg. Wegener stimmt der Forderung nach Transparenz wegen der noch vorhandenen Monopolstrukturen zu. Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ihn geärgert, weil er inhaltlich nicht mit grüner Energiepolitik in Einklang stehe. Wie man fordern könne, Energie aus Sparsamkeitsgründen zu verteuern und im Gegensatz dazu diesen Antrag formuliere, habe er nicht verstanden. Er habe grundsätzlich auch Probleme damit, dass der Kreistag sich mit dem Thema beschäftige. Wenn Konsens darüber bestehe, dem freien Markt die Versorgung zu überlassen, müsse dieser das auch selbst regeln können.

Abg. Schröder führt die Verärgerung beim Verbraucher ebenfalls auf die fehlende Transparenz bei der Preisgestaltung zurück. Es sei deshalb Aufgabe der gewählten Vertreter in den Gremien der EWE dafür zu sorgen, dass das nachgeholt werde. Einziges Druckmittel des Verbrauchers sei die Verweigerung der erhöhten Zahlungen. Dieser Praxis sollte sich der Landkreis als Kunde anschließen.

Abg. Ferlemann bezeichnet die Energiepolitik als eines der wesentlichen politischen Handlungsfelder der nahen Zukunft, die aber auf kommunaler Ebene kaum zu beeinflussen sei. Der Energiehunger der Welt habe sich wegen der steigenden Nachfrage aus China und Indien von 10 Mrd. t Steinkohleeinheiten im Jahr 1980 auf 15 Mrd. im Jahr 2003 erhöht, für das Jahr 2020 würden bereits 21 Mrd., für 2030 24 Mrd. erwartet. Marktverknappung führe grundsätzlich zu höheren Preisen. Politisch gäbe es nur die Alternative, sich vom Öl zu lösen, indem die Frage der regenerativen Energien und auch der Kernenergie neu bewertet werden müsse. Beim Gasmarkt bestehe ein Oligopol mit entsprechender Konkurrenzsituation. Ob die Koppelung an den Ölpreis, die bisher aus gutem Grunde bestehe, noch gerechtfertigt sei, müsse man prüfen. Die Forderung nach Offenlegung der Preiskalkulation sei jedoch wirtschaftspolitisch riskant. Dem Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion könne er deshalb nicht zustimmen.

Der Kreistag beschließt mit Mehrheit:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005 wird abgelehnt.

Der Kreistag beschließt mit Mehrheit bei vier Enthaltungen:

Der Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.

Außerdem beschließt der Kreistag mit Mehrheit bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Dem Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.10.2005 wird zugestimmt.

**Punkt 8: Niedersächsische Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest
hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005
Sitzungsvorlage Nr. 192/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Abg. Frau Ritzenhoff begründet den Antrag mit dem Hinweis, die Verordnung lebe nur von Ausnahmege-
nehmigungen und sei deshalb sinnlos. Von 16 Bundesländern hätten nur drei eine Stallpflicht verordnet. Der
Virus stamme nach allen bisherigen Erkenntnissen von Haushühnern und lasse sich bei Zugvögeln bisher
nicht nachweisen. Angesichts der Ziele des Modellkommunengesetzes sei der aus der Verordnung resultie-
rende exorbitante Bürokratieaufwand nicht zu vermitteln.

Abg. Frau Schlüter begrüßt alle Maßnahmen, die eine Ausbreitung der Geflügelpest verhindern. Der Arten-
schutz- und Tierschutzgedanke habe seinen Zweck verfehlt, wenn es nach einer Infektion zu Massentötun-
gen komme. Bei einem Geflügelproduktionsanteil von 60 % in Niedersachsen wäre ein immenser wirtschaft-
licher Schaden die Folge einer solche Maßnahme. Solange die Übertragbarkeit auf den Menschen nicht
ausgeschlossen werden könne, müsse der Verbraucherschutz oberste Priorität vor Artenschutz und Tier-
schutz genießen. Der Antrag müsse deshalb abgelehnt werden.

Abg. Johannßen kündigt an, auch die SPD-Kreistagsfraktion werde den Antrag ablehnen. Die Stallpflicht sei
zeitlich maßvoll verordnet worden. Auch wenn dies viele Hobbytierhalter treffe, seien die Maßnahmen ange-
sichts der drohenden Gefahr zu vertreten. Auf Nachfrage der Abg. Frau Ritzenhoff ergänzt er, die Ausnah-
men von der Aufstallungspflicht würden durch eine strenge Kontrolle durch das Veterinäramt begleitet.

Der Kreistag beschließt mit Mehrheit bei drei Gegenstimmen:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005
wird abgelehnt.

**Punkt 9: Energiekonzept für die kreiseigenen Gebäude
hier: Antrag des unabhängigen Kreistagsabgeordneten Schröder vom 27.09.2005
Sitzungsvorlage Nr. 193/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 9
der Tagesordnung.

Abg. Schröder sieht zum Thema Energieverbrauch wegen der steigenden Kosten dringenden Handlungsbe-
darf auch für den Landkreis Cuxhaven. Im Hinblick auf die aus dem Treibhauseffekt resultierenden Proble-
me sei dies nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch eine Überlebensfrage. Zumindest solle sein Antrag im
Ausschuss Interner Service, im Umweltausschuss und ggf. im Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr
beraten werden.

Abg. Berghorn stellt fest, Energiespargedanke und Zukunftsfähigkeit hätten sich bereits beim Landkreis
Cuxhaven etabliert. Die Berichte im Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr zeugten davon, dass auf
diese Themen schon heute ein großes Augenmerk gelegt werde. Den Erläuterungen der Verwaltung könne
er sich deshalb anschließen, einer Diskussion im Fachausschuss stelle er sich nicht entgegen.

Abg. Köster zeigt sich nicht ganz sicher, ob von der Verwaltung wirklich alles getan werde, was in diesem
Zusammenhang getan werden könne. Er unterstütze deshalb den Vorschlag, den Antrag zur weiteren, in-
tensiven Beratung in die Fachausschüsse zu verweisen.

Abg. Frau Ritzenhoff schließt sich diesen Ausführungen an.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Antrag des unabhängigen Kreistagsabgeordneten Schröder vom
27.09.2005 wird in die Fachausschüsse verwiesen.

**Punkt 10: Neuwahl der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht
Sitzungsvorlage Nr. 167/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 10 der Tagesordnung.

Abg. Götjen schlägt als ehrenamtlichen Richter für den Senat für Flurbereinigung beim Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht den Landwirt

Herrn Dirk Tramsen, Spieka-Neufeld

vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Landwirt Dirk Tramsen, Spieka-Neufeld, wird als ehrenamtlicher Richter für den Senat für Flurbereinigung beim Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht vorgeschlagen.

Punkt 11: Umbesetzung von Kreistagsausschüssen

**11.1 hier: Kulturausschuss
Sitzungsvorlage Nr. 189/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.1 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Infolge des Ausscheidens von Herrn Uwe Lewandowski wird gemäß § 47 NLO auf Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion Frau Dr. Kerstin Gräfin von Schwerin, Otterndorf, als hinzuberufenes beratendes Mitglied für den Kulturausschuss benannt.

11.2 hier: Umweltausschuss

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf den als Tischvorlage zu Punkt 11.2 der Tagesordnung vorliegenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Infolge des Ausscheidens von Herrn Klaus Kreowski wird gemäß § 47 NLO auf Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion Herr Gunnar Böltes, Langen als hinzuberufenes beratendes Mitglied für den Umweltausschuss benannt.

**11.3 hier: Nachbesetzung eines beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses gemäß § 71 Abs. 1 SGB VIII
Sitzungsvorlage Nr. 190/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.3 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Dem Vorschlag der ev. Kirchenkreise, Herrn Pastor Martin Krarup als beratendes Mitglied zu entsenden, wird zugestimmt.

**Punkt 12: Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln für das Geschäftsjahr 2004
Sitzungsvorlage Nr. 173/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 12 der Tagesordnung.

Die anwesenden, dem Verwaltungsrat der Kreissparkasse angehörenden Kreistagsabgeordneten sowie Landrat Bielefeld nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei einigen Enthaltungen:

Dem Verwaltungsrat der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln wird nach § 23 Abs. 3 des Nieder. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.

Punkt 13: Aktualisierung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2005

**13.1 Organisatorische Zusammenlegung von Fahrbücherei und Kreisbildstelle
Sitzungsvorlage Nr. 158/2005**

**13.2 Fahrbücherei, Option zur Einsparung eines Bücherbusses
Sitzungsvorlage Nr. 159/2005**

Vorsitzender Dageförde verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 13.1 und 13.2 der Tagesordnung. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte gemeinsam zu beraten und im Anschluss daran getrennt darüber abzustimmen.

Der Kreistag nimmt zustimmend Kenntnis.

Vorsitzender Dageförde erteilt Abg. Götjen das Wort.

Stellv. Vorsitzende Frau Bergen übernimmt den Vorsitz.

Abg. Götjen bittet, den prozentual geringen Bevölkerungsanteil zu bedenken, der das Angebot der Fahrbücherei nutze. Diesen müsse man ins Verhältnis zu den Kosten von 456.000,- € setzen. Der Zuschussbedarf pro Leser müsse einen insbesondere vor dem Hintergrund der Erwartungen des Kommunalen Prüfungsamtes zur Haushaltsaufstellung nachdenklich machen. Der Verwaltungsvorschlag zur Reduzierung der Haltepunkte berücksichtige richtigerweise, dass Schulen und Kindergärten am wenigsten von der Einsparung betroffen werden dürften, und sei deshalb vertretbar. Nach alledem gehe er davon aus, dass die Stilllegung zum konkreten Termin 31.12.2005 umgesetzt werden könne.

Abg. Dubbert empfindet den Sitzungstag angesichts des zu erwartenden Abstimmungsergebnisses als schwarzen Tag in der Geschichte des Kreistages. Die Maßnahme zeuge von Ignoranz gegenüber den notwendigen Grundlagen des Bildungsangebotes. Der Bericht der Verwaltung sei ein Akt der Schadensbegrenzung, keine Zustimmung der betroffenen Mitarbeiter zu der Streichung von 20 % der Schulen und 50 % der Kindergärten aus dem Fahrplan. Die CDU-Kreistagsfraktion mache sich außerdem unglaublich, wenn sie Kürzungen im Bildungsbereich durchsetze, in der Frage der Aufwandsentschädigungen aber nicht mit sich reden lasse. Die Einsparungen werden sich nicht rechnen. Die Verringerung des Bildungsangebotes führe direkt zu Mehraufwand bei der Jugendhilfe und der Jugendgerichtsbarkeit. Wer so beschließe, dürfe sich auch nicht über die PISA-Ergebnisse beklagen.

Abg. Frau Krause-Behrens widerspricht der durch den Abg. Götjen vorgenommenen Einschätzung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses. 92.000 Besuche und mehr als 160.000 Entlehnungen im Jahr rechtfertigten es nicht, von einer Minderheitenbedienung zu reden. Die Fahrbücherei habe bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung Platz 2 in Niedersachsen erlangt. Der anvisierte Termin sei völlig verfehlt und diene offensichtlich nur dazu, das Thema vom Kommunalwahlkampf fern zu halten.

Abg. Frau Ritzenhoff beantragt, die Beratung in der nächsten Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses fortzusetzen.

Abg. Bensen unterstreicht die Bedeutung des Lesens für den menschlichen Erfolg und die schulische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und gegen negative Einflüsse. 83 % der Leser seien Kinder und Jugendliche. Die darauf entfallenden Entleihungen entlasteten die Eltern, die die Bücher sonst kaufen müssten, in Millionenhöhe. Er appellierte an die Mehrheitsfraktion, den hohen bildungspolitischen Aspekt zu berücksichtigen und die Reduzierung des Angebots nicht durchzusetzen.

Abg. Lutz bezeichnet es als kontraproduktiv, angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie den Betrieb eines Bücherbusses einzustellen. Die Bezeichnung des Vorschlages als Kompromiss lasse vermuten, dass die CDU-Kreistagsfraktion die vollständige Einstellung im Visier hatte. Für sie sei Kultur offensichtlich kein Wirtschaftsfaktor. Hier werde das gesamte, bisher einvernehmlich im Landkreis getragene System beschädigt.

Abg. Schröder beklagt die Zunahme des Fernsehkonsums der Bevölkerung auf vier Stunden täglich. Nachweislich steigere sich die Lernfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die viel lesen. Eigentlich müsse also genau das Gegenteil dessen gemacht werden, was hier diskutiert werde. Er vermisse das konsequente Durchdenken einer solchen Maßnahme bis zum Ende. Die wegfallenden Arbeitsplätze verursachten an anderer Stelle wieder Kosten.

Abg. Feldmann befürchtet angesichts der Einstellung eines Bücherbusses keine Katastrophe. Er erinnert daran, dass es die sozialdemokratische Bildungspolitik gewesen sei, die deutsche Literatur aus den Lehrplänen verbannt habe. Für ihn als Kulturausschussvorsitzenden sei der Verzicht beklagenswert und ohne Zweifel ein Opfer. Man müsse sich jedoch gemeinsam der Situation des Staates stellen.

Auf Nachfrage des Abg. Kowalewski erklärt Landrat Bielefeld, die betroffenen Standortgemeinden seien über die Maßnahme informiert, lediglich der anvisierte Termin werde heute erstmalig öffentlich diskutiert. Er werde sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Für ihn als Vorsitzenden des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade sei dies eine schlimme Situation, die ihn auch persönlich betroffen mache.

Abg. Johannßen kündigt an, die SPD-Kreistagsfraktion werde der organisatorischen Zusammenlegung von Fahrbücherei und Bildstelle zustimmen. Er sei davon überzeugt, dass sich hier Synergieeffekte ohne Qualitätsverluste erreichen ließen. Dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde man nicht zustimmen, weil man diesem keine Erfolgsaussichten beimesse. Die Einsparung eines Bücherbusses werde man ablehnen und für die Abstimmung darüber beantrage er namentliche Abstimmung.

Stellvertretende Vorsitzende Frau Bergen bittet zunächst um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Kreistag beschließt mit Mehrheit gegen drei Stimmen:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verweisung der Angelegenheit zur erneuten Beratung in den Schulausschuss und den Jugendhilfeausschuss wird abgelehnt.

Die stellvertretende Vorsitzende bittet über den Antrag des Abg. Johannßen auf namentliche Abstimmung abzustimmen und stellt fest, dass mehr als ein Drittel der anwesenden Abgeordneten dem Antrag zugestimmt hätten und über den Tagesordnungspunkt 13.2 namentlich abzustimmen sei. Sodann bittet sie um namentlichen Aufruf der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Kreistages. Die namentliche Abstimmung ergab 32 ja- und 27 nein-Stimmen. Das Stimmabgabeprotokoll ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Der Kreistag beschließt nach namentlicher Abstimmung mit 32 Stimmen bei 27 Gegenstimmen:

Unter Berücksichtigung der in Sitzungsvorlage Nr. 159/2005 formulierten Organisationsvorschläge wird der Betrieb eines Bücherbusses zum Ablauf des Jahres 2005 eingestellt.

Der Kreisausschuss beschließt weiterhin mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen:

Die Kreisbildstelle und die Fahrbücherei des Landkreises Cuxhaven werden zum Medienzentrum organisatorisch zusammengeführt.

Punkt 14: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 29001.639000 - Schülerbeförderungskosten- in Höhe von 330.000,00 € Sitzungsvorlage Nr. 181/2005

Stellvertretende Vorsitzende Frau Bergen verweist wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 14 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 29001.639000 - Schülerbeförderungskosten- in Höhe von 330.000,00 € für das Haushaltsjahr 2005 wird gemäß § 36 Abs. 1 Ziffer 8 NLO zugestimmt.

Punkt 15: Fragestunde

Stellvertretende Vorsitzende Frau Bergen erklärt, es lägen Anfragen der Abg. Lutz, Bensen und Dubbert vor.

Landrat Bielefeld teilt mit, die Anfragen und die Antworten des Landrates würden im Einvernehmen mit den Fragestellern der Niederschrift beigelegt. Die Anfrage des Abg. Lutz ist nebst Antwort als Anlage 3, die des Abg. Bensen als Anlage 4 und die des Abg. Dubbert als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 16: Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 17: Anregungen und Beschwerden

Anregungen und Beschwerden liegen nicht vor.

Punkt 18: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Stellvertretende Vorsitzende Frau Bergen schließt die öffentliche Sitzung des Kreistages um 19.25 Uhr.

Im Anschluss an die öffentliche Kreistagssitzung findet eine nichtöffentliche Sitzung des Kreistages statt.